

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
zwemaliger Bezahlung 2,75 M., durch
die Post 3 M. Späterhin 2 M.,
einmonatlich 2 M., bei Post-
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5882 des allg. Zeit.-Verz.
Für die Abnahme verantwortlich:
Hans Jantke in Halle.
(Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg ic.
Verzeichnis-Nr. 176.)

Saale-Beitung.

Neunundszwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spalte oder deren Raum
mit 20 Pfg. solche aus Halle mit
15 Pfg. berechnet und in der Epochen-,
von unten Anzeigensstellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Bekannt die Zeit 60 Pfg.
Erhöht wöchentlich 10 Pfennig;
Sonntags und Feiertags einmal,
sonst 50 Pfennig.
(Der Nachdruck unserer Original-Verleite
ist nicht gestattet.)

Nr. 130. Halle a. d. Saale, Montag den 18. März 1895. 1895.

Der Kaiser im Staatsrath.

Die Agrarier sind mit den Verhandlungen des Staatsraths herzlich wohl zufrieden. Die „Kreuz-Ztg.“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsgamnummer einen langen Artikel, in dem sie der Überlegung Ausdruck giebt, daß das volle Verständnis für den Ernst der Lage, aller verständnisvolle Rücksicht, da auch immer vermehrt werde, wo es vor allem gefunden werden müßte. Gegen was sich die Bemerkungen richten, das braucht man nicht zu fragen. Der Staatsrath hat sich bisher nur als Schatten der Regierung erwiesen. Eine selbständige Meinung, die von der Ansäußerung der Regierung abwich, hat man bisher von ihm nicht vernommen. In der Frage der Zuckersteuer und der Spiritussteuer hat der Staatsrath genau die Meinungen angeprochen, die schon vorher von den Ministern Miquel und v. Hammerstein-Lorton und von dem Reichsfinanzsekretär Grafen Potjowski angegeben waren. In der Währungsfrage hat sich die Körperschaft einfach der Erklärung angeschlossen, die der Reichsfinanzsekretär Fürst v. Hohenlohe jüngst abgegeben hat. Geringe einen anderen Schritt zu thun hat der Staatsrath abgelehnt. Jetzt steht noch vor allem der Antrag Rantz aus, und die „Kreuz-Zeitung“ stellt gefast, die Absicht der Personen, die mit der besonderen Kritik des Antrages betraut worden sind, deutet nicht darauf hin, daß die Wünsche der deutschen Landwirtschaft das Entgegenkommen finden, das ihnen allein Erfüllung bringen könnte. In der That wird man kaum erwarten dürfen, daß die Kommission des Staatsraths sich für den Antrag Rantz anspreche; daher denn der Groll und Zorn der Winzler und ihrer Genossen.

Schon vor einigen Tagen rief die „Deutsche Tageszeitung“ das Organ des Bundes der Landwirthe, man habe nicht im Ernste zu betheiligen, sondern sein Recht zu fordern. Alles Gerade von Sonderinteressen der Landwirtschaft sei Spiegelreflex, auf die niemand hinmale, als höchstliche Hospitalkollegen. Wer mag doch dem Verfasser dieses Artikels vorgewendet haben, als er der fernen Aufsicht „Hospitalkollegen“ erlangt? Er habe unmittelbar hing, daß wie die Dinge sich liegen, alle Konventionen und überkommenen Präzedenzfälle aufgegeben werden müssen, daß man die Wahrheit sage, nach und nach, für die Aufnahmestunden ist die Zeit zu erst. Nach diesem Rath hatte das „Voll“ des Herrn Söder gebandelt. Es hat dieser Tage einen recht grimmen Umschlag gegen den Staatsrath gemacht, und da hat sich die überhöfende Hofschmeichelei vollzogen, daß die Korrespondenz des Herrn v. Keller eine scharfe Abfertigung des Kaisers an das „Voll“ veröffentlicht und der offiziöse Draht sie in alle Richtungen der Winderse verbreitete. Was hat der Kaiser erklärt? Derartige Beschimpfungen des Staatsraths, dessen Vorsitzender zu sein er sich zu einer befonderen Zeit rechte, bezogen eine Wohlthat und Tadellosigkeit dieses Blattes, die man nicht ungerührt hinnehmen könne, sondern öffentlich zurückweisen müsse. Was aber hatte das „Voll“ berichtet? Gegen welche Anstöße richtet sich diese Kritik des Herrsöder? Das Blatt des Herrn Söder ärgerte sich über das Schicksal des Antrages Rantz und wiederholte einen Auspruch, den Herr v. Bismarck-Schwanden im Jahre 1884 nach seiner Ernennung zum Mitgliede des Staatsraths Herrn v. Gersack gegenüber gefast haben soll. Seine Frau habe ihn gefragt, was eigentlich der Staatsrath sei, und da habe er geantwortet: „Die Unterwelt aller Hörszeit und Wohlthat, die man in Preußen unter dem Worte „Geheimrath“ versteht.“ Gegen diese Verungung auf den Fürsten Bismarck, der seinerseits den Staatsrath zu neuem Leben erweckt hat, gegen die Anwendung jener Ausdrücke auf die Körperschaft, die heute der Kaiser vor sich hat, Herr Söder gerichtet.

Schon vorher hatte der Kaiser Muth gefast, sein Mißvertrauen gegen die Haltung des Grafen Miquel selbst anzudeuten. Graf Rantz hatte für angemessen gehalten, ihm anzudeuten zu erklären, daß die Verurteilung der Einbringung seines Antrages im Reichstage auf den Wunsch des Kaisers erfolgt sei, wogegen der Herrscher auf der Vernehmung Einspruch erhob, daß er wünsche, seine Person aus dem Spiele zu lassen, da er sonst den Vorrath zu führen außer Stande sei. Der sprochenne Bismarcksche Richter übernahm einen Theil seiner Ausführungen immer an die Person des Kaisers, woran der Herrscher ihn zurück wies, er möge sich an die Minister wenden. Die jegliche Erklärung an das „Voll“ kam nicht verfehlen, in weiteren Kreisen Aufsehen zu machen. Es kommt nicht häufig vor, daß der Herrscher in persönlichen Kampf gegen ein bestimmtes Blatt eintritt. Ihn tatwollt wird man in der That die Verungung des Söderblattes scharf ansehen, und am wenigsten tatwollt war die Verungung auf den Fürsten Bismarck, der sicherlich nicht geneigt sein wird, heute eine Verungung zu vertreten, die er in einer iltlen Name vor vierzig Jahren gefast hat. Auch läßt sich gar nicht verkennen, daß der Staatsrath von heute etwas ganz anderes ist als der Staatsrath von 1884. Damals gehörten dem Staatsrath sächlichst nur Beamte an. Heute sind gerade auf Veranlassung des Fürsten Bismarck schon bei der Wiederbelebung des Staatsraths in der Mitte der achtziger Jahre zahlreiche Personen einberufen worden, die fernerer Amt bleiben, und als Sachverständige sind nun jetzt eine Menge angesehener Männer eingeladen worden, die, was man auch sonst von ihnen deut, jedenfalls nicht die Danksagung der Wohlthat und Hörszeit iltben können, die man in Preußen unter dem Worte „Geheimrath“ eben verstanden haben soll. Freilich sind solche Ausführungen des Kaisers in scheinbar ein schwieriges Verfehlen für die Erörterung, als man nach bestimmten Grundregeln mit dem Träger der Krone, der unverletzliche und unverantwortliche bleiben muß, nicht in eine unmittelbare Debatte eintritt kann und soll. Wenn das „Voll“ des Herrn Söder jetzt antwortet und vielleicht nach dem Rathe des Bundes der Landwirthe nach und nach sagt,

was es meint, so wird es diese Ausführungen nur an die Adresse des Herrn v. Keller richten können, der mit der Verbreitung der Kritik des Kaisers für die verantwortliche Verantworung übernommen hat.

Verantwortlich bleibt es, daß der Staatsrath hinter verschlossenen Thüren verhandelt und daher über den Verlauf der Verhandlungen und über die einzelnen Vorschläge in dieser Körperschaft nur hin und wieder ein fragmentarischer Bericht in das Publikum bringt, der nicht einmal hinreichend beglaubigt ist. Aus den Mittheilungen im Reichstage ist es lediglich wenig zu entnehmen. Da erfaßt man immer nur das Ergebnis der Beratung, nicht aber die Voransetzungen, auf denen dieses Ergebnis beruht. Und doch wäre es von großer Bedeutung, die Gründe zu kennen, aus denen der Beschluß gezogen wurde, auch die Haltung der Personen kennen zu lernen, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Wenn aber der Staatsrath sächlichst keine anderen Zweck haben sollte als dem Monarchen Gelegenheit zur Anhörung von Gründen und Gegengründen zu geben, dann war es unmöglich, die Verungung dieser Körperschaft überhaupt öffentlich anzudeuten und ihre Beschlässe mitzutheilen. Die Kritik des „Voll“ ist in der That tatlos und hochhaft; aber darin werden viele Kreise mit einander übereinstimmen, daß auch die neuesten Verhandlungen keine ansehnliche Gewisheit gefast haben, daß der Staatsrath in seiner gegenwärtigen Gestalt und nach der Art seiner Verathung einen festen Platz in konstitutionellen Systemen anderer Tage behaupten könne. Auch deshalb schon ist die Grundlage dieser Körperschaft eine prätere, weil sie spezifisch preussisch ist, während ihre Aufgaben an die Zuständigkeit des Reiches fallen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.
Berlin, 17. März. Der Kaiser und die Kaiserin begaben sich heute vormittag um 10 Uhr nach dem Dom-Interimstische und wählten dem Gottesdienste dabei. Nach der Rückkehr ins königliche Schloß arbeitete der Kaiser, wie auch vor dem Gottesdienste, allein.
Fürst Joachim hat einen Theil der Nacht auf Sonntag ruhiger verbracht, als bisher. Die Fiebererscheinungen haben sich nicht geteilt. In den frühlichen Erweichungen der Erhaltung ist eine Milderung der vorhandenen Störungen nicht mit Sicherheit festzustellen.
Dem am Sonnabend abend stattgefundenen Diner bei dem Reichsfinanzsekretär Fürsten v. Hohenlohe wohnten außer dem Kaiser die Staatsminister, der Oberhofmarschall Graf Eulenburg, der Chef der Reichskasse, Geheimrath Ober-Regierungsrat v. Wilmowski, sowie die Mitglieder und der Reichsführer des Staatsrathes bei. Zur rechten des Kaisers saß der Präsident des Abgeordnetenhauses von Säcker, zu links der Minister der Geheime Ober-Regierungsrat v. Keller, neben dem Reichsfinanzsekretär hatten die Plätze der Präsidenten des Reichstages von Ledochow und der Staatssekretär des Staatsrathes v. Brunsen die Plätze der Reichsminister. Die Hauptrolle der Unterhaltung bildeten die Verhandlungen des Staatsrathes, insbesondere die Wünsche Miquels zur Herabsetzung des landwirtschaftlichen Rothlohes. Der Kaiser unterzieht sich besonders eingehend mit dem Präsidenten von Keller, dem Geheimrath v. Keller, dem Grafen v. Bismarck, dem Minister von v. Herberich, dem Abgeordneten von Kardorf und dem Minister von Keller. Der Kaiser verließ in angeregter Unterhaltung, auch mit mehreren anderen Herren, bis nach elf Uhr in den Räumen des Reichsfinanzsekretärs.
London, 17. März. Die Kaiserin Friederich hat das Protokoll über das Heftige v. S. in H. H. angenommen. In einem Schreiben an den Vater des Institutes, das Unterhausmitglied Malher, spricht die Kaiserin ihre Anerkennung über die Leistungen und ihre Sympathie mit den Zielen des Institutes aus.
Bismarck-Erörungen.
Mehrere deutsche Staaten haben beifällig angezeigt, daß am 1. April, dem 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck, in den Schulen entsprechende Feste stattfinden sollen. Wie die „Tag. Rundschau“ hört, wird auch Preußen diesem Beispiele folgen. Das Preussische Kultusministerium wird den Schulen sämmtlicher preussischer Schulen veranlassen sowie bei Schulfeiern nachzusehen, den Tag durch eine Feier festlich zu begehen.
Wie aus Rudolstadt gemeldet wird, soll nach einer Bestimmung des Fürsten auch in diesem Fürstentum am 1. April der Rechenstabe des Fürsten Bismarck mit der Wiederanfertigung des Reiches in allen Schulen mit einer Ansprache gedacht werden.
Auf dem Bahnhofe in Friedrichstrah wird für den 1. April neben dem Stationsgebäude noch eine besondere Empfangshalle errichtet. Das Gebäude steht bereits in seinem Umfange vollendet da. Die Länge des Empfangsgebäudes, das sächlich die Festlichkeiten, die Teilnehmer größerer Substitutionsarbeiten, Deputationen und Vertreter der Presse zur Verfügung dienen soll, hat eine Länge von 88 1/2 m und ist 9,20 m breit. Die Höhe des Gebäudes beträgt 6 m, die des Durchlaufes 8 m. In dieses Hauptgebäude schließt sich ein 7 m langer und 6 m breiter Anbau, der als Toilettenraum eingerichtet wird, in dem die von längerer Eisenbahnfahrt entzogenen Gäste erquickliche Gelegenheit finden werden, ihr Kleider wieder in festlichen Zustand zu setzen.
Die Eröffnung des Nordsee-Kanals.
Es steht jetzt, wie die „Post“ hört, fest, daß die feierliche Eröffnung des Nordsee-Kanals am 19. Juni stattfinden soll. Tags zuvor werden der Kaiser und die zur Teilnahme an der Feier der Schlußfeier eingeladenen Persönlichkeiten und gebenden Gäste das fest der Stadt Hamburg annehmen, das in einer Verurteilung der Elbe seine Krönung erhalten wird. Die erste Durchfahrt der kaiserlichen Schiffe, die von einigen Schiffen der Hamburger

Padelfahrt-Gesellschaft und des Bremer Lloyd begleitet sind, wird in Rendsburg unterbrochen. Dort sollen größere Truppenverbereitungen untergekommen werden. Nach dem Auslaufen der Schiffe aus dem Kanal wird der Kaiser namens des Bundesraths ersucht werden, die Schlußfeierlegung zu vollziehen. Alle zu der Feier erschienenen Schiffe geben den Salut ab. Dann folgen Feste auf der „Hohenlohe“ und dem „König Wilhelm“, zu welchen die Offiziere aller im Kieler Hafen erschienenen Geschwader eingeladen werden.

Aus dem Staatsrath.

Über einige interessante Zwischenfälle, welche die Verhandlungen des Staatsraths in den letzten Tagen würgten, findet der Veier im heutigen Beirartikel das Nötigste. Die Erklärung des Kaisers gegen das Söder'sche Voll wurde am Sonnabend vor Beginn der Staatsrathssitzung abgegeben, Graf Rantz erhielt seine Zurückweisung vom Kaiser bereits am Freitag. Somit ist über den Staatsrath noch folgendes zu registrieren: Der Kaiser soll, wie die „Vollz.“ erzählt, nicht bloß den Vorrath, sondern auch selber die Nedrelichkeit haben, so daß sich jeder Vedner direkt bei ihm zu melden hat. — Der „Frei. Ztg.“ wird mitgeteilt, daß es den Parlamentariern im Staatsrath sehr unangenehm erscheint, daß sie während der langen Sitzung stumm und kraff auf ihren Plätzen sitzen bleiben und oft recht langweilige Reden anhören müssen. Auch Zwischentritt und Befallsbezeugungen sind im Staatsrath streng verpönt.
Zur Auferstehungsfrage im Staatsrath will die „Post“ erfahren haben, daß diejenigen großen Fabriken in der Steuerverlegung bevorzugt werden sollen, die nicht reine Aktiengesellschaften sind, vielmehr auf sogenannte Rübenaktien gegründet sind, d. h. auf die Lieferung eines bestimmten Quantums Rüben seitens ihrer Aktionäre.
Zur Tabaksteuerfrage.
Mit der Ablehnung des S. der Tabaksteuer vorlage in der Kommission ist die Fabriksteuer beilegt. Gleichwohl beschließt der Abg. E. C. v. C. 2. 5. 6 der Vorlage, welcher die Höhe der Fabriksteuerfrage enthält, in der nächsten Sitzung einen Abänderungsantrag zu stellen. Man kann annehmen, daß es sich dabei um den Beschluß einer Staffellung der Fabriksteuer von Cigaretten handelt, den Abg. E. C. v. C. 2. 5. 6 bei der Verhandlung der Finanzreformvorlage im Plenum abgegeben hat. Danach soll der Steuerfuß von Cigaretten im Werte von weniger als 40 Mark pro Mille nur 15 Proz. betragen. Unter dieser Voraussetzung würde der Werbertrag der Fabriksteuer auf 16 Millionen Mark (anstatt 23) sinken. Der Regierung aber scheint, die Einführung der Fabriksteuer voranzujetzt, jeder Vorschlag, der eine Wechsheit bietet, erwünscht. Es erst der erste Schritt geschaffen, so hofft sie eine Erhöhung der Steuer später leicht durchzuführen. Eine Wechsheit wird aber auch der Antrag E. C. v. C. 2. 5. 6 nicht finden. Erwünschenswert ist ein am Freitag in der Kommission vom Abg. v. Maffow gestellter Antrag, den Einzellatten aus dem Ertrag der Fabriksteuer 6 Millionen Mark zur Unterstützung der arbeitlosen werdenden Arbeiter zu überweisen. Der Antrag ist insofern von Interesse, als damit eingeladen ist, daß auch die Fremde der Fabriksteuer, entgegen den Behauptungen des Schatzsekretärs, davon überzogen sind, daß die Steuererhöhung eine Milderung des Konjunktums und demnach auch die Entlassung zahlreicher Arbeiter nach sich ziehen würde. Wie weiter mitgeteilt wird, beschließt nach dem in der Reichstagskommission die prinzipielle Einhebung gegen die Fabriksteuererhöhung gefast hat, der Abg. Müller (Centr.) eine Erhöhung des Einheitspreises auf ausländischen Zoll auf 10 Mark, also auf 95 Mark zu betragen. Auch durch eine solche Herabsetzung würde aber die gesamte Tabaksteuer faktisch zu Gunsten der sichtlichsten Tabakfabrikanten scharf gefördert werden. Die Maffow'schen Dittischen sind natürlich über die Verwertung der Fabriksteuer sehr ercöt und suchen nun ihren Berger an den armen Tabakfabrikanten anzuschlagen. So sieht man z. B. in den „Berl. Pol. Nachr.“:

Der Vertreter der Tabakfabrikanten belagern bereits fast Wochen mit einer Andringlichkeit, die man sonst nur auf gewissen Gebieten des merkantilen Verkehrs konnte, den Reichstag und die einzelnen Abgeordneten. Genao hatten sie den Eingang zum Sitzungszimmer der Kommission seit Beginn der Verhandlungen belegt. Die Abgeordneten belicherten sich darüber, daß sie selbst bei vorübergehenden Besuchen des Kommissionszimmers von den anwesenden Vertretern der Tabakfabrikanten in der sdringlichsten Weise belästigt wurden. Die Mitglieder der Kommission Abtheilung nicht in Aussicht stellen konnte, erklärten die Herren, die Hilfe des Präsidenten in Anspruch nehmen zu wollen. Erwidert wurde erzählt, daß einer der Hauptfabrikanten der Tabakfabrikanten sogar einen Abgeordneten ercöt habe, zu bezeichnen, daß die folgende Sitzung der Kommission auf den nächsten Tag angesetzt würde, „weil er abreisen wollte.“ Die Zustimmung, wie sie sich Reichstag entwickelt haben, von denen der obige Vorgang nur ein kleines Bild giebt, in der That davor, daß sie mit der Würde einer geiegebenden Versammlung nicht länger vereinbar erscheinen.
Natielich machen die Oppositions vier wieder einmal viel Börm um nichts. Einige Tabakfabrikanten waren allerdings im Reichstage erschienen aus dem erklärlichen Grunde, die Entscheidung über die Kommission und damit die Entscheidung über ihr eigenes Geschick möglichst schnell zu erfahren. Demas hat der offiziöse Berger dann die vorsehende Weisgelehrtheit gemacht.
Der Antrag von Engel.
Wir theilten bereits den Antrag mit, welchen Abg. von Wendel-Steinfein im Abgeordnetenpaufe eingebracht hat.

und der nicht Geringeres austritt als baare Uter-
stiftung aus Staatsmitteln für die nothwendige Landwirth-
schaft. Es sei nochmals wiederholt, daß der Antrag wie folgt
lautet:
Die königliche Staatsregierung auszufordern, einen Betrag
bis zu 20 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen
zur Befriedigung des Kreditbedürfnisses land-
wirthschaftlicher Betriebe (besonders land-
liche Darlehensstellen), und zwar zu einem entsprechenden niedrigen,
2 1/2 v. H. nicht übersteigenden Zinsfuß.

Der Antrag ist unterfertigt von 143 Mitgliedern des Abgeord-
netenhauses, unter ihnen befinden sich ein Prinz, acht Grafen,
11 Freiherren und 68 andere Bedeute, die sich vermulthlich
alleamtlich für Bauern halten. Weder Graf Kranz noch Herr
von Ploeg noch Freiherr von Hammerstein steht unter dem
Antrage. Die „Voss. Ztg.“ urtheilt über den Antrag folgender-
maßen:

Es ist ein Zeichen der Weisheit, daß die Antragsteller
vom Staat nur ausnahmsweise und auch nur als Darlehen,
für dessen Zurückzahlung allerdings keine Frist angegeben wird,
erlauben. Inwiefern kommt Zeit kommt Recht. Geht der Staat
in diesem Jahre ausnahmsweise, so wird man im nächsten
Jahre wieder oder wenigstens über hundert Millionen fordern,
und bietet man heute 2 1/2 v. H., so kann man im nächsten Jahre die
Veranbarung des zinsbaren Darlehens in ein zinsloses verlangen,
in ein zinsloses Darlehen, das der Empfänger zurückzahlen mag,
sofern es ihm nach seiner eigenen Meinung möglich und er-
folgreich erscheint. Nur der erste Schritt kostet Geld. Ist er
erfolgreich gewesen, so geht es unausfahlich weiter auf der
gleichen Ebene. Der Staat hat kein Geld, dringende Kulturbe-
dürfnisse zu befriedigen und einer Menge dringender Bedürf-
nisse die längst verheißene Gehaltsaufbesserung zu schaffen.
Der Staat soll jetzt 4 v. H. Zinsen zahlen, aber Geld zu 2 1/2
v. H. ausleihen, also den Agrarrenten 1 1/2 v. H. von 20 Millionen,
mithin bei diesem einen Gehalt 300,000 M. jährlich sparen,
ganz abgesehen von der Frage, ob und wann der Staat das aus-
geliehene Geld zurückzahlt. Wenn aber die Bauern Geld
brauchen, und die Anlage bei der Genossenschaft sicher ist, sollten
sie nicht Barone, Grafen, Prinzen und Herzöge genug finden,
den landwirthschaftlichen Genossenschaften ausnahmsweise zur Ver-
fügung vorzuschreiben, ohne daß sie die drückende Steuerlast in Anspruch
zu nehmen brauchen? Geld genug hätten sie dazu; es fehlt nur
an der offenen Hand.

Wenn übrigens der Antrag v. Mendel wirklich nur die Ver-
fügung eines solchen Kreditbedürfnisses anstrebt, dann
wird er vielleicht demnächst überflüssig geworden sein. Offiziell
ist ja bekannt gegeben worden, daß man in Regierungskreisen
eine Reform der Seehandlung plant in der Weise, daß
dieselbe zum Kreditinstitut für die Landwirthschaft sowohl wie
für Handwerk und Gewerbe werden soll. Gegen einen solchen
Plan wird man nichts einzuwenden haben, dagegen wird man
den Antrag Mendel, der ein dazwischen liegendes aus der Tasche
des Staats (d. h. aus der Tasche der Gesamtheit der
Steuerzahler) verlangt, entschieden verwerten müssen. Was
die Reform der Seehandlung betrifft, so wird der „Deutschen
Warte“ behauptet, daß ein Staatsrathe die Frage wegen Ein-
richtung einer besonderen Abteilung aus dem Mittelstande einen
erleichterten Kredit zu eröffnen zur Berathung kommt. Ueber
den Grundgedanken ist man einig, nur über die Art der Aus-
führung bestehen noch verschiedene Ansichten. Eine zu weit
gehende Centralisation soll vermieden werden; man will daher
die Provinzialverbände, die die noch näher zu bestimmenden
Garantien zu übernehmen bereit sind, als Puffer zwischen der
Seehandlung und die Kreditinstitution einrichten. Zum Theil
wird man vorhandene genossenschaftliche Verbände, wie die
Raiffeisen'schen, für diesen Zweck einer neuen Kreditstellung
benutzen. Es sind noch manche technische Fragen zu erörtern,
aber das Vertl soll eifrig gefördert werden, so daß man hofft,
bis zum Herbst damit fertig zu sein.

Die Reform der Branntweinsteuer.

Die Novelle zum Branntweinsteuergesetz war bereits für die
letzte am Donnerstag frühzeitigende Sitzung des Bundesrats
auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die Beschlußfassung des
Bundes konnte nicht erfolgen, weil die Ausschüsse die
Vorbereitung des umfangreichen Gesetzentwurfs noch nicht be-
endet hatten. Es kam jedoch als sicher angenommen werden,
daß die Novelle dem Reichstage bereits Ende der nächsten
Woche zugehen wird. Die „Berl. Pol. Nachr.“ bekräftigen,
daß, wie auch schon seitens des Staatsrats vorgeschlagen ist,
das Gesetz nicht erst am 1. Oktober 1895, sondern bereits am
1. Juli oder 1. Juni in Kraft gesetzt werde. Es läßt daher
einerseits verbietet werden, daß die an und für sich noch sehr
bedeutenden Spiritusbehalte, welche zuweist aus der vorigen
Dreimonatsperiode stammen, nicht durch eine voraussichtlich sehr
starke Commerceproduktion von Weingeist vergrößert werden;
andrerseits müßte aber auch während des Sommers Ge-
legenheit gegeben werden, aus den alten Beständen so viel als
möglich, ohne Ueberführung exportiren zu können, um für
die Herbstkampagne den Platz frei zu machen.

Verchiedene Mittheilungen.

* Der Abg. von Schorlemer-Alt, der bekante und
hervorragende Centrumsführer, der schon seit Jahren lebend
von (Kriegs) ist am Sonntag mittag gestorben. Sein Ge-
biete den Heimgegangenen bereits verbunden, an den Sitzungen
des Staatsrats, dessen Mitglied er war, theilzunehmen. Schorlemer-Alt
war geboren am 21. October 1825 in Deringehausen
des Vorpommers und er hat somit ein Alter von nahezu 70 Jahren
erreicht. Dem Reichstag gehörte Schorlemer seit 1870,
dem Reichstage seit 1875 bis 1894 an. In seinen Jahren war
Schorlemer nicht mehr Mitglied des Abgeordnetenhaus, dagegen
wurde er in das Herrenhaus berufen. Das parlamentarische
Wirken des Verstorbenen erreichte seinen Höhepunkt in der Zeit
des „Kulturkampfes“.

* Die 3. Kommission des Reichstages hat den neu
formulirten § 3 der Reichsgrundgesetz, welcher die Bestimmung
über den Reichstag enthält, angenommen. Der § 30 lautet: „Die
Bestimmung des Reichstages erfolgt nach Abschluß seiner Bestimmung.“
Der Minister darf eine Mehrzahl von Bezeugen gleichzeitig
erheben.“ Nach der bisherigen Fassung konnte die Bestimmung
nur aus besonderen Gründen, namentlich der Bedenken
ausgesprochen werden, bis zum Abschluß der Verhandlung aus-
gesetzt werden. Ein Antrag, sowohl bei Reichstag als auch
bei Bundesrat, wurde nicht angenommen. Staatsminister
Hildebrand erklärte, daß man mit dem Vordruck schlechte
Ergebnisse gemacht habe.

* Der Regierungspräsident von Heber in Stade ist vom
1. April d. J. ab in gleicher Anwesenheit an Stelle des zu
diesem Zeitpunkt in den Ruhestand tretenden Brünen Hammer
an die Regierung in Weimar und der Regierungspräsident
§ 1 in Weimar von demselben Zeitpunkt ab an die Regierung

in Stade versetzt worden. Der Ober-Präsident von von Jagow
an Weimar ist vom 1. April d. J. ab, übernommen
von der Verwaltung von Buch aus Frankfurt a. O. ist mit der
kommunischen Verwaltung der Ober-Präsidentenstelle in
Weimar beauftragt worden. Die beiden letzten Ernennungen
geben der „Freil. Zeit.“ Anlaß zu folgenden Bemerkungen:
Der Staatsrat ist nicht mehr, nicht drücklich in der Ver-
waltung und Befriedigung der Bauern zum Ausdruck. Ein
interessantes Beispiel dafür bietet die Regierungskanzlei v. Buch,
einer der entlohnlichsten Führer der hochkonserativen äußersten
Rechten im Abgeordnetenhaus. Derselbe war der beständige
Gegner der Landemetenordnung im Abgeordnetenhaus.
Minister Herrschig versetzte ihn von Potsdam nach Weimar.
Dann wurde er zum Reichstag als Oberpräsident ernannt
worden, so wurde Herr v. Buch aus der hannoverschen Ver-
waltung entlassen und nach Frankfurt a. O. zurückversetzt. Jetzt
unter dem Minister v. Koller ist Herr v. Buch befördert
worden durch Ernennung zum Oberpräsidenten in Potsdam.
In solche Vertrauensstellungen beruht also die gegenwärtige
Regierung die höchsten Ämter. Der tonangebende Ag-
v. Jagow wurde erst vor Jahresfrist vom Reichstag zum Ober-
präsidenten ernannt. Jetzt soll derselbe bereits reif sein zum
Regierungspräsidenten.

* Die „Vreslauer Zeitung“ hatte bemerkt, daß der
Minister v. Koller, welcher von der Ernennung des neuen
Ober-Präsidenten von Österreich bis überhört worden sei,
höbe dem Regierungspräsidenten v. Heber Brand zu Breslau
den Vorschlag zu, als Reichstag als Oberpräsident gewählt
würde und in einem zweiten Telegramm mitgetheilt, sein Glück
wünschte sei ein verführer gewesen. Hierzu erklärt die amtliche
„Berl. Korr.“: „Die ganze Meldung ist von Anfang bis zu Ende
erfunden. Der Minister v. Koller hat mit dem Regierungsprä-
sidenten v. Heber Brand weder telegraphisch, noch schriftlich
über die Ernennung des Oberpräsidenten irgend eine Ver-
handlung verhandelt. Auch sind weder der Staatsminister, noch
der Minister v. Koller, welcher in der Angelegenheit persönlich
bei Sr. Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten hatte, durch die
Ernennung des Grafen Bismarck irgendwie über-
rascht worden.“

Zu der bekanten letzten geistigen Bestimmung gegen die
Umlagerung des Reichstages folgende Unteroffiziere:
aus akademischen Kreisen ein. Aus der Reihe weiter unter
Erzherzog: Privatdozent G. v. Brandes, Prof. Dr. Hugo
Erzmann und Dr. A. Schenck.

* Die am Sonntag im Gedächtnis der Kommunitäten in
rothem Gewände erdichtene Nummer des „Vorwärts“ wurde
von der Berliner Polizei beschlagnahmt. Der „Vorwärts“ be-
merkt dazu: „Abwehrmaßnahme für die Sicherheit des
Reichstages.“ Die Polizei hat die Beschlagnahme der
Buchhandlung des „Vorwärts“ nur noch 74 Exemplare be-
schlagnahmte, den päpstlichen Rest einer sehr hübschen
Ausgabe.

* In der Korrespondenz des Bundes der Land-
wirthe findet sich eine Notiz gegen den Abgeordneten
Rimpau, der den Antrag Kanitz als absolut unan-
nehmbar erklärt hat. Die genannte Korrespondenz schreibt
dazu: Die abweichende Haltung läßt sich, da Herr Rimpau selbst
Vizepräsident ist, wohl daraus erklären, daß er von einem
aus sich eines großen Reichthums erfreut, also für seine
Person keine Noth kennt. — So sind die Herren vom
Bunde der Landwirthe, bläst jemand nicht in ihr Horn, dann
schieben sie ihm immer vortheilhafte Motive unter.

* Für die angelegliche Arbeiternoth auf den Gütern
bezeichnet ist eine Verhandlung des landwirthschaftlichen Vereins
zu Neu-Duppau. Dorthin war durch den Landrath die Mit-
theilung gelangt, daß infolge der Rückständigkeit eine
große Zahl von Arbeitern in dem hiesigen Distrikt
zu Spandau viele Arbeitlosigkeiten erlitten. Es wurde vom Landrath
im Auftrage des Regierungspräsidenten angefragt, ob es sich
löste, im Kreise Stellenaussagen für Arbeiter zu errichten. Der
Vorsitzende des landwirthschaftlichen Vereins sprach sich dagegen
aus, weil ein großer Theil dieser Arbeiter es gerade war, welche
in letzter Zeit hier in der Gegend in Arbeit gekommen hätten
und diese in Stich gelassen haben, woraus den Landwirthen große
Verlegenheiten erwachsen seien. Diese Leute, welche dort gewisse
Einkünfte in sich aufgenommen hätten und auf die fleißigen
besseren Arbeiter übertragen würden, wolle man nicht wieder
haben. Die Vermählung erklärte sich hiermit einverstanden. —
Nebenbei handelt es sich um die Arbeiter in Weimar, in
denen bekanntlich Sozialdemokraten keine Aufnahme finden.

* Das Gouvernement in Deutsch-Ostafrika will nach
dem Bericht der „Berl. Korr.“ einen sehr wohlthätigen
Hafen von Dar-es-Salam anlegen lassen. Derselben sollen,
abgesehen von den Bedürfnissen der ostafrikanischen Küsten-
dampfer und den Schiffen der deutschen Ostafrika-Linie, haupt-
sächlich auch für den Bedarf der im Arabien, besonders
an der deutsch-ostafrikanischen Küste, stationirten Kreuzer
unter der Befehl eines Kommandanten, sich gebrauchlich
Handelsdampfer sowie die deutschen Kriegsschiffe an der ostafri-
kanischen Küste für den Bezug ihrer Kohlen auf die englischen
Kohlenlager in Sansibar angewiesen.

* Dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes,
betreffend die Verwaltung des Parwitwitten- und
Waisenfonds und die Fürsorge für die Wittwen und
Waisen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche
der Provinz Hannover, der evangelisch-lutherischen Kirche der
Provinz Schlesien, sowie der evangelischen Kirchengemein-
schaften des Koninkreichs Sachsen, der evangelischen Kirche
des Koninkreichs Westphalen und der evangelisch-reformirten
Kirche der Provinz Hannover nebst dazu gehörigen Reichengesetz
gegangen. Durch den Entwurf soll auch in den neuen Pro-
vinzen die Fürsorge für die Hinterbliebenen der evangelischen
Geistlichen unter Wahrung der bisherigen Rechtsstellung im
Anschluß an die Einrichtung in den alten Provinzen geregelt
werden.

* Weimar, 17. März. Guten Rechenen nach haben die
rechtstehenden Parteien unseren Wahlkreis abgelehnt, den
von den Nationalvereinen für die Reichstagswahl
aufgestellten Renner Ferd. Sühle als Kompromisskandidaten
zu unterstützen; doch sollen die Verhandlungen betreffs gemein-
schaftlichen Vorgehens noch nicht abgebrochen werden.

Marineangelegenheiten. Nach telegraphischen Meldungen an
den Ober-Kommando der Marine ist S. M. S. „Moltke“,
Kommandant Kapitän zur See Koch, am 16. d. in Plymouth an-
gekommen und befristet den 17. d. nach Weimar zu gehen.
S. M. S. „Gyane“, Kommandant Kapitänleutnant Böhm,
ist am 16. d. von Komarum nach Togo in See gegangen.
S. M. S. „Jlita“, Kommandant Kapitänleutnant Angenoth,
ist am 16. d. von Shanghai nach Ozean in See gegangen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge
läßt sich der neue Regierungsvorschlag betreffs einer
Wahlreform, welcher die Grundlage der Verathung des
Subkomitees des Wahlschusses bildet, folgendermaßen
formuliren: Das bestehende, auf der Interessenvetretung auf-
gebaute Wahlrecht wird aufrecht erhalten; zu den bestehenden
4 Wählerklassen, nämlich Großgrundbesitz, Handelskammer,
Stadt- und Landgemeinden, tritt eine 5., die der neuen Wahl-
berechtigten hinzugefügt. Diese Wählerklasse besteht aus zwei Wahl-
körpern, von denen jeder für sich wählt.

Dem ersten dieser Wahlkörper gehören alle Wähler an,
welche eine direkte Steuer zahlen und nicht schon nach dem be-
stehenden Gesetze einer der 4 ersten Wählerklassen angehören,
also im allgemeinen diejenigen, welche eine direkte Steuer,
weniger als 5 Gulden beträgt, zahlen.

Dem zweiten Wahlkörper gehören an: die qualifizirten In-
dustrie-Arbeiter, insbesondere Mitglieder der Arbeitervereine,
und dann die übrigen keine direkten Steuern zahlenden
Personen, welche etwas außerdem das Wahlrecht ertheilt
werden soll.

Aus beiden Wahlkörpern der beiden Wählerklassen zusammen,
sollen 40 neue Mandate geschaffen werden, um welche die
Zahl der Abgeordneten zu vergrößern ist. Die Regierung
wird für die neue Wählerklasse eine Wahlkreis-Eintheilung
ausarbeiten, derartig, daß in jedem Wahlkreise immer die
beiden genannten Wahlkörper und in keinem derselben nur ein
Wahlkörper wählen soll.

In einem unter dem Vorsitz des Ministers der Wiener
Universität am Sonntag abgehaltenen von etwa 700 Studen-
ten besuchten Studentenversammlung wurde eine
Resolution auf Abänderung der das zweite Dienstjahr der
Einführungs-Freiwilligen betreffenden Bestimmungen des Wahl-
gesetzes angenommen. Der Rektor sprach seine Bereitwilligkeit
aus, die Resolution dem Präsidenten des Abgeordnetenhaus
und dem Kriegsminister persönlich zu überreichen.

Italien. Die „Italia“ sagt mit Bezug auf die Gerichte
von einem Verdrüßungsprojekte zwischen dem Herzog von Aosta
und der Prinzessin Helena von Orleans, das es sich
um einen intimen Vorgang handle, die größte Dis-
cretion geboten. Jedoch sagt das Blatt hinzu, der Herzog von Aosta
schäme sich schon lange die letzten Vorzüge der Prinzessin
Helene, welche auch ihrerseits die Huldigungen nicht abgewiesen
habe. Man würde vergebens politische Gründe bei einer Ver-
einigung suchen, die, wenn überhaupt, allein durch die Zu-
neigung der beiden jungen fürstlichen Personen zustande kommen
würde.

Schweden. Der Reichstag beschloß am Sonnabend durch
gemeinliche Abstimmung beider Kamern mit 194 gegen 171
Stimmen, den Zoll auf unverarbeiteten Getreide von 315 auf
370 Dore pro 100 kg zu erhöhen, und beschloß ferner mit 205
gegen 160, den Zoll von 250 Dore für 100 kg auf ver-
arbeitetes Getreide bezuzugestehen.

Dänemark. Das Folketing nahm mit 59 gegen 4
Stimmen in dritter Lesung das Finanzgesetz an, wonach sich
der Ueberzins von 2,150,000 Kronen ergibt. Der
Ministerpräsident erklärte vor der Abstimmung, er werde die
einstimmige Annahme des Gesetzes als ein Aufgeben der Ver-
fassungsmäßig zu Gunsten des Ausgleichs vom Jahre 1864
betrachten. Gegen die Auffassung des Ministers protestirten
die Gegner des Ausgleichs, von welchen zwei Sozialisten und
zwei Radikale gegen das Gesetz stimmten.

Griechenland. Der athenar Kaiserlich ertheilt wurde
durch die Intervention des Kronprinzen, welcher Kronpräsident
der Vereinigung der Kaiserlich ist, bezogelt.

Spanien. Den Taktik, welchen, wie wir bereits be-
richteten, eine größere Anzahl von Offizieren in Madrid
verursachte, stellt ein Telegramm der „Central News of
Germany“ wie folgt dar: Eine Gruppe von 35 Infanterie-
und Kavallerie-Offizieren stürmte in der Freitag-Nacht die
Bureau der Zeitung „Reumen“, welche den jüngeren Mit-
gliedern des Offizierscorps Mangel an Eifer vorwarf, am
Einführung der Rebellenkriege teil zu nehmen. Die Bureau des
„Globe“, welcher einen Protestartikel gegen die Verengung
veröffentlichte, wurden am Sonnabend von 60 Offizieren ge-
sichert, welche den Redakteur und zwei Angestellte verurtheilten.
Die Offiziere triffen später nachgehends die Bureau des
„Reumen“ und „Berando“ an und triffen von ihnen Ver-
sicherungen, welche erst als der General-Kapitän die durch
sicheres Zureden dazu bezog. Ein Kriegsgericht ist sofort
eröffnet worden.

In der Deputirtenkammer kam es am Sonnabend zu
einem stürmischen Auftritt über das Einbringen von 300
Offizieren in Zeitungredaktionen. Die Vertreter der Presse
verurtheilten die Tribüne, als der Kriegsminister Beschuldigungen
gegen die Presse aussprach.

Ägypten. Nach einer Meldung des „Neuer'schen Bureau“
aus Assuan vom 16. d. ist Slatin Bey aus Omdurman
entkommen und in Assuan eingetroffen. Ueber das Entkommen
Slatins Bey herrscht in Kairo große Freude. Wenn frühere
Schlichterungen keine fehlerhaften, Die Entweichung gelang
unter Beihilfe eines Kaufmanns Namens Gogil, der mit dem
österreichischen Konsul Gereg die Auslieferung vereinbart
hatte. Der zur Anwendung gelangte Plan war demjenigen
der nach Slatin Bey's Abreise nach Assuan dauerte achtzehn Tage. Drei Tage lang wurde die Ab-
wesenheit der Flüchtlinge nicht bemerkt; dann wurden
Derwische zu ihrer Verfolgung ausgesandt. Die Mit-
theilungen stammten von einer Abteilung der Derwische,
die in der Umgebung von Sualim eingetroffen sind.
Slatin Bey, ein geborener Wiener, war unter ägyptischer
Herrschaft in verschiedenen Stellungen im Sudan thätig und
 zuletzt Gouverneur von Darfur. Neßi Lupton Bey hielt er
sich am längsten gegen die Arabisten, doch mußte er sich
schließlich ergeben und zum Islam übertritten. Anfangs
in strenger Gefangenschaft gehalten, wurde er unter dem Namen
Abulchali zu verschiedenen Vertrauensstellungen herangezogen.
Nach der Flucht einiger Gefangenen scheint sich das Schicksal
Slatins vertheilt zu haben, denn Vater Dhyalder, der
1893 entkam, und Vater Rossignol, der vor dem Jahre bereit
wurde, schrieben, dass die Lage der Angehörigen als sehr
traurig. Zu bestreiten bleibt jetzt noch der Deutsche Karl
Neufeld, der sich während der maßgeblichen Herrschaft nach dem
Sudan in Handelsgeheimnissen begab und gefangen genommen
wurde, sowie die Schwester Gitanoliti.

Madagaskar. Nach einer Meldung aus Tama-tabe unter-
nahmen die französischen Truppen eine Reconnoissance in der
Richtung auf Farafate, die Hoas erwiderten das Feuer der
Truppen, jedoch ohne Erfolg.

China und Japan. Aus Hiroshima vom 16. d.
gemeldet: Der Ministerpräsident Graf Ito und der
Minister des Auswärtigen Komitee Mitzu sind nach
Siamonofski abgereist, um dort mit den chinesischen
Freiwilligen zu ändern zusammenzutreffen. Die Ankunft
der letzteren wird für den 19. März erwartet. Ueber die An-
und Absichten Chinas für die Friedensverhandlungen wird
aus Shanghai folgendes berichtet: Es heißt, daß Li Hung
Tschang vor seiner Abreise von Peking die Anweisung erhielt,
einer Kriegserklärung und selbst der Abrechnung des Ge-
bietes, welches die Japaner jetzt in der Mandchurie und in

Nur noch kurze Zeit!

weiter ermässigte Preise!

Wir lösen unser seit 6 Jahren bestehendes Specialgeschäft von

Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen, Portièren, Tischdecken etc.

vollständig aus. Sämmtliche Waaren stehen im Ausverkauf zu so billigen Preisen, daß die denkbar günstigste Gelegenheit zu vortheilhaften Einkäufen geboten ist. Der Verkauf zu festen Preisen ohne jeden Abzug und gegen Baar findet von 9 Uhr früh bis 7 Uhr Abends statt.

A. Drews Nachf.

(Paul Meusel & Co.), Gr. Ulrichstr. 52,
Ecke Schulstr., Part. und I. Etage,
Gardinen-Fabrik, gegründet 1869.

Möbel-Fabrik und Magazin
von
Otto Maseberg,
Gr. Ulrichstr. 10, Wars-Ladour, Hof links,
empfiehlt seine reichhaltige Auswahl gediegener Möbel bei billigster
Preisstellung.
Eigene Tischlerei mit Dampfbetrieb zur Anfertigung nach Zeichnung,
Arrangement von Feuerdecorationen.

Für Hausbesitzer!
Zur Renovation von Wohnungen beim Quartalettswechsel empfiehlt sich bei promptester und billigster Verrichtung
H. Beyer,
NB. Anstricharbeiten incl. Mauerarbeit liefert mit eigenem Mitzgen
unter Garantie der Haltbarkeit nur
H. Beyer, Mickelstraße 8.

Zur Confirmation.
Wandsprüche einfach und in prachtvoller
Ausführung.
Provinzialgesangbücher und Bibeln,
Andachtsbücher von 1 Mark an.
Schrödel & Simon, Gr. Ulrichstraße
Nr. 50, Buch- und Kunsthandlung.

Den Neuesten meines Vaters:
**Umstands-Corsetten, Leibbinden,
Geradehalter**
bessere Corsetten für Confirmandinnen
verkauft, so lange der Vorrath wirklich billigen Preisen,
reicht, noch zu den bekanntesten
um schnell zu räumen.
Nest Schmeerstraße **G. R. Schindler's Wwe.**

Für den
Alleinverkauf
meines natürlichen Mineralwassers
Gerolsteiner Sprudel
wird per sofort eine solvente Firma gesucht.
Offerten erbeten an
Die Direction des Gerolsteiner Sprudel
Gerolstein (Eifel).

Sargmagazin von Otto Krausse,
Auguststraße 1,
empfiehlt bei vorkommenden Trauerfällen sehr reichhaltiges
Sarglager
zu den billigsten Preisen.

Jul. S. Goldstein, Thurmstr. 151,
Engros. Rohprodukten-Handlung. Detail.
Ankauf aller Sorten Bruchseisen, Metall,
Hadern, Knochen, Papierabfällen
zu höchsten Tagespreisen.

Bau-Sandsteine
ab Durch am Kammhoffer Werke, die Ruthe = 120 Ctr. à 13,50 M.
Mauersteine und Dachziegel ab unierer Ziegelfabrik.
Nebstnehmen auch das Anfahren.
Zur Saat durch Trieur gereinigt:
Victoria-Gebien 9,00 M. vorher Schauff. Sommerweizen 8,00 M.
Wilton und Underbecker Oaser 7,75 M. per Ctr. ab vier gegen Kaffe.
Eisensöhren 1,25 M. und Futtermöhren 1,00 M. per Ctr. ab Rittergut
Körbisdorf und Reichshaus.
Eisenstroh und Weizenstroh, à Ctr. 1,50 M. ab Rittergut Reichshaus
bei Reichshaus.
Zuckerfabrik Körbisdorf bei Merseburg.

Für den Einzelgehalt verantwortlich: B. Köhler in Halle.

Gasmotoren-Fabrik Deutz, Köln-Deutz.
Verkaufsstelle: **Leipzig, Bahnhofstr. 19.**
Otto's neuer Motor
mit Schleber- oder Ventil-Prüelstons-Steuerung
für Steinkohlengas, Delgas, Wassergas, Generatorgas, Benzin u. Lampenpetroleum.
„Original Otto-Motoren“
werden in Deutschland nur in unseren Werk-
stätten in Deutz hergestellt und sind mit unserem
Firmenschild und unserer Schutzmarke
versehen.
Circa 42000 Maschinen mit mehr als
170000 Pferdekraften in Betrieb.
160 Medaillen, Ehrenpreise, Diplome etc.
nur für Motoren.

Hermann Katz,
Marienstraße 10.
Ausfertigung feinerer
Herren-Garderobe nach Maass.
Große Auswahl von Neuheiten in- und ausländischer Stoffe.

XX. Stettiner Equipagen- und Pferde-Verloosung.
Ziehung am 14. Mai 1895.
8010 Gewinne im Werthe von 247.500 Mark.
Gewinnliste: 18 Equipagen und 200 Pferde,
Preis des Postes 1 A Porto und Liste 20 A
Original-Kopie zu angegebener Preise (1 Stück 10 A) offerirt
Otto Mendel, Sortiment, Halle, Markt 24.

Tieder zum Bismarck-Fest.
8 Bismarck- und 3 Vaterlands-Tieder mit Bortratt
Bismarck's, Preis 10 A. Probe-Partie-Preise gegen 15 A Preis-
marken. **Alfred Silbermann, Verlag, Düsseldorf.**

Warum
trinken viele Menschen sogenannten
Bienenhonig-Kaffee oder Kaffeesurrogate?
Weil gut zubereiteter Kaffee nicht billig
ist und dabei die Nerven aufregt.
Warum aber geniesst man solche Surro-
gato, die weder Genuss- noch Nahrungs-
mittel sind, die dem Körper nur gefä-
rbtes warmes Wasser zuführen, wenn
man für dasselbe Geld sich ein gesundes
und dabei nahrhaftes Getränk ver-
schaffen kann. Warum trinkt man nicht
Kakao, der in jeder Beziehung das
idealeste Frühstücksgetränk ist. Kakao
besitzt eine angenehme, beruhigende
Wirkung für Magen und Nerven und
ist dabei ein ganz vorzügliches Nahrungs-
mittel. Freilich muss man in der Aus-
wahl vorsichtig sein und nur bewährte
Fabrikate kaufen. Der Hallenser
Kakao der Firma Fr. David Söhne
z. B. nimmt unströmtig unter den vielen
Fabrikaten einen ersten Platz ein.

Gesuche
in allen Steuer-Angelegenheiten
als Eintritte, Bemessungen, Ver-
schärfungen etc. werden insbesondere an-
gefordert. Buchführungen, wie solche
bei Steuer-Reklamationen erforderlich
sind, werden leicht überflüssig für
jeden Gewerbetreibenden etc. einge-
richtet. Auskunft giebt die Expedition
dieser Zeitung. 1331

Vertrauliche Auskünfte
über Vermögens-, Familien-,
Credit-, Bekanntschaft- u. Privat-
Verhältnisse auf alle Plätze der
Welt erteilt, gewissenhaft, prompt
und discret, auch übernehmend
Niederher alle Art. [s]
Beyrich & Greve,
Internationales Auskunftsbureau
Halle a. S., Leipzigerstr. 101.
Günstige Abrechnungsbedingungen

**Braunearbeiten, Kanal-
bauten in schwimmendem
Gebirge, Schachtfenken,
Bohrungen, sowie alle in
Tiefbau vorkommenden Arbeiten**
werden gut ausgeführt.
**Unternehmer Wilh. Bernhardt,
Mittelleben.**

Für Hausfrauen!
Einnahme aller Wollschachen aller
Art gegen Lieferung von Fleiders,
Unterrocken und Mantelstoffen, Damen-
tischen, Buchstern, Portieren, Gehäusen
und Teppichdecken in den neuesten
Muskeln zu billigen Preisen durch
R. Eschmann, Ballenstedt a. S.,
Leistungsfähigste Firma.
Anschaffestelle und Musterlager
für Halle a. S. bei H. Krauss
früher H. Hochhaus, Gr. Ulrich-
straße 47, u. Fran L. Querfurth,
Sandwehstraße 21.

Schon für 8³/₄ Mark
Lieferer 50 Mtr. 1 Mtr. hohes verzinktes
DRAHTEGFLICHTE
frachtfrei jeder deutschen Bahnstation
zur Anfertigung schöner und dauer-
hafter Gartenzäune, Hühnerhege, Wild-
gatter etc. Preisliste aller Sorten Ge-
flechte und Draht gratis durch
**J. Rustein, Drahtwaren-Fabrik,
Ruhrtal am Rhein.** (ad)

**Größtes Lager aller Arten
Böttcherwaaren.**
G. Zander, Gr. Klausstraße 12.
Die Expeditionen der Halle-Belting
bestehen aus
Gr. Berlin, Hans Promenade 1 und
Markt 24 (Wassergasse).

DR 3 Weißblechen und Unterhaltungsblech.